

Im Auftrage des Präsidiums herausgegeben von

HARALD ZUR HAUSEN

Vizepräsident der Akademie

Altern in Deutschland

NEUE FOLGE NUMMER 370 BAND 106

Herausgegeben von:

Jürgen KOCKA (Berlin)

und

Ursula M. STAUDINGER (Bremen)

Band 8

Altern:

Familie, Zivilgesellschaft, Politik

Herausgegeben von:

Jürgen KOCKA (Berlin)

Martin KOHLI (Florenz)

und

Wolfgang STREBECK (Köln)

unter der Mitarbeit von

Kai BRAUER (Berlin)

und

Anna K. SKARPELIS (Köln)

Mit 44 Abbildungen und 9 Tabellen



Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina
Nationale Akademie der Wissenschaften



Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle (Saale) 2009
Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH Stuttgart

Redaktion: Dr. Michael KAASCH und Dr. Joachim KAASCH

Die Schriftenreihe Nova Acta Leopoldina erscheint bei der Wissenschaftlichen Verlagsgesellschaft mbH, Stuttgart, Birkenwaldstraße 44, 70191 Stuttgart, Bundesrepublik Deutschland. Jedes Heft ist einzeln käuflich!

Die Schriftenreihe wird gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt.

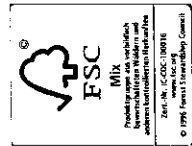
Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdruckes, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen und dgl. in diesem Heft berechtigt nicht zu der Annahme, dass solche Namen ohne weiteres von jedermann benutzt werden dürfen. Vielmehr handelt es sich häufig um gesetzlich geschützte eingetragene Warenzeichen, auch wenn sie nicht eigens als solche gekennzeichnet sind.

© 2009 Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V.
06619 Halle (Saale), Postfach 110543, Tel. + 49 3 45 4 72 39 34
Hausadresse: 06108 Halle (Saale), Emil-Aberchalden-Straße 37
Herausgeber: Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Harald zur HAUSEN, Vizepräsident der Akademie
Printed in Germany 2009
Gesamtherstellung: Druckhaus Köthen GmbH
ISBN: 978-3-8047-2549-2
ISSN: 0369-5034
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier, hergestellt aus Holz aus ökologisch kontrollierter Forstwirtschaft



Inhalt

KOCKA, Jürgen, und STAUDINGER, Ursula M.: Vorwort.....	7
KOCKA, Jürgen, KOHLI, Martin, und STREECK, Wolfgang: Einführung.....	9
Zeit und Erfahrung als Ressourcen: Tätigkeiten, Übergangspfade und Arbeitsmotivation vor und nach dem Übergang in den Ruhestand	
BRAUER, Kai, und KOCKA, Jürgen: Einleitung	15
KÜNEMUND, Harald: Erwerbsarbeit, Familie und Engagement in Deutschland	19
MOEN, Phyllis, and PETERSON, Jane: A Third Path? Multiplex Time, Gender, and Retirement Encores in the United States.....	41
STAMOV ROSSNAGEL, Christian: Die Arbeitsmotivation älterer Beschäftigter: Aktive Regulation statt passiven Abbaus	59
ROSENSTIEL, Lutz von: Präferenzen, Einstellungen, Motive, Kompetenzen zur Arbeit (Kommentar zum Beitrag von Christian STAMOV ROSSNAGEL).....	75
Familie als Ressource: Intergenerationale Beziehungen und ihre rechtliche Verankerung	
KOHLI, Martin: Einleitung	87
KOHLI, Martin: Familiäre Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat.....	91
SARACENO, Chiara: The Impact of Aging on Intergenerational Family Relationships in the Context of Different Family and Welfare Regimes.....	115
BECKER, Ulrich: Intergenerationale Beziehungen aus rechtlicher Perspektive: Einführung zum Verhältnis zwischen Unterhalts- und Sozialleistungsrecht.....	133
HOHNERLEIN, Eva Maria: Rechtliche Rahmenbedingungen der Ausgestaltung intergenerationaler Beziehungen im internationalen Vergleich	139
Die Zivilgesellschaft und ihre Älteren: Trends, Geschichte und Strukturen	
KOCKA, Jürgen, und BRAUER, Kai: Einleitung.....	175
KEANE, John: Civil Society and Aging	181
OLK, Thomas: Bestandsaufnahme und Chancen zur Verbesserung der Integration von älteren Menschen.....	191

ERLINGHAGEN, Marcel: Soziales Engagement im Ruhestand: Erfahrung wichtiger als frei verfügbare Zeit.....	211
ANHEIER, Helmut K.: Der Dritte Sektor und die ‚alternde Gesellschaft‘: Überlegungen zu institutionellen Strategien und Möglichkeiten.....	221
DÖRNER, Klaus: Leben und sterben, wo ich hingehöre	235
BRÄUER, Kai: Warum sollten sich Ältere und Jüngere engagieren – oder nicht? Qualitative Befunde zum Engagement.....	241
Politik im Alter: Wahlverhalten, Beteiligung, Einfluss	
STREBECK, Wolfgang: Einleitung.....	265
SCHMIDT, Manfred G.: Altern und politische Partizipation.....	273
CAMPBELL, Andrea Louise: A New Macropolitics of Aging? The Case of the USA, Older Voters, and AARP.....	287
GOARES, Achim: Das Wahlverhalten älterer Menschen. Ein Beitrag über die Unterschiede zwischen älteren und jüngeren Wählern	299
SKARPELIS, Anna K.: Alterung der Mitgliedschaft von Parteien und Gewerkschaften in Deutschland	323

Ausblick

KOCKA, Jürgen, KOHLI, Martin, und STREBECK, Wolfgang: Einige Ergebnisse.....	337
--	-----

Vorwort

Die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina und die Deutsche Akademie für Technikwissenschaften acatech gründeten im Januar 2006 eine gemeinsame interdisziplinäre Arbeitsgruppe zum Thema „Chancen und Probleme einer alternden Gesellschaft. Die Welt der Arbeit und des lebenslangen Lernens“. Ihr Auftrag war es, im Verlauf von drei Jahren, auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Evidenz, öffentliche Empfehlungen zum Thema zu erarbeiten, die es erleichtern würden, die Chancen der im letzten Jahrhundert erheblich gestiegenen Lebenserwartung – die „gewonnenen Jahre“ – vernünftig zu nutzen und mit den Herausforderungen des demographischen Alterns klug umzugehen, insbesondere in Deutschland. Der Initiator der Arbeitsgruppe war Paul B. BALTES (†), langjähriger Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin und Vizepräsident der Leopoldina. Der renommierte Psychologe begründete die Berliner Altersstudie (BASE) und war einer der bedeutendsten Altersforscher weltweit.

Zu der mit finanzieller Unterstützung der Jacobs Foundation Zürich arbeitenden Akademiengruppe Altern in Deutschland (www.altern-in-deutschland.de) – so zuletzt ihre Bezeichnung – gehörten als Mitglieder insgesamt 31 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den folgenden Disziplinen: Medizin, Neurowissenschaft, Sportwissenschaft, Ökonomie, Psychologie, Geschichtswissenschaft, Rechtswissenschaft, Philosophie, Soziologie, Politikwissenschaft, Betriebswirtschaft, Geographie und den Technikwissenschaften. Einschlägige Erfahrungen wurden von mitarbeitenden Praktikern aus verschiedenen Lebensbereichen eingebracht. Sechs Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen arbeiteten mit, leisteten wichtige Beiträge und hatten Gelegenheit, sich weiter zu qualifizieren. Der Sozialhistoriker Jürgen KOCKA war der Sprecher, die psychologische Altersforscherin Ursula M. STAUDINGER die Stellvertretende Sprecherin.

Die Akademiengruppe legt ihre Empfehlung unter dem Titel „Gewonnene Jahre“ im März 2009 der Öffentlichkeit vor. Die Empfehlung ist das kurz und bündig formulierte Ergebnis einer dreijährigen Arbeit, zu der acht Tagungen gehörten. In diesen wurden die wissenschaftlichen Befunde gesichtet und die Elemente der Empfehlung entwickelt. An den Konferenzen nahmen neben den Mitgliedern der Gruppe jeweils weitere Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen als Referenten und Gäste teil. Die Konferenzen beschäftigten sich mit den Themen: „Altern, Arbeit und Betrieb“ (BACKES-GELLNER), „Körper, Geist, Gesundheit, Hirn“ (KOCHEK), „Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Humankapital in alternden Gesellschaften“ (BÖRSCH-SUPAN, WAGNER), „Altern, Stadtentwicklung und Umwelt“ (HÜTTL, MÜLLER), „Bilder des Alterns im Wandel“ (EHRER, HÖFFE), „Altern, Bildung und lebenslanges Lernen“ (STAUDINGER), „Altern, Familie, Zivilgesellschaft und Politik“ (KOCKA, KOHLI, STREBECK), und „Altern, Technik, Produkte, Dienstleistungen“ (LINDENBERGER, NEHMER, STEINHAGEN-THIESSEN).

Das Wahlverhalten älterer Menschen Ein Beitrag über die Unterschiede zwischen älteren und jüngeren Wählern

Achim GOERRER (Köln)

Mit 5 Abbildungen

Zusammenfassung

Die empirischen Ergebnisse beziehen sich zum einen auf die Wahlbeteiligung, zum anderen auf die Wahlentscheidung. Erstens gewöhnen sich alternde Wahlberechtigte mit jeder neuen Wahl stärker an den Wahlprozess und finden es einfacher zu wählen. Außerdem gilt, je älter Wähler sind, desto eher unterstützen sie Wählen als soziales Gebot. Zudem gibt es einige Veränderungen wie Scheidung oder Tod des Partners sowie sich verschlechternde Gesundheit, die die Wahlbeteiligung von älteren Wählern eher senken. Zweitens gehören ältere Wähler in vielen etablierten westlichen Demokratien – darunter Deutschland – Generationen an, die Wählen als Staatsbürgerpflicht empfinden. Drittens können die Strukturen der Wahlorganisation Altersgruppen unterschiedlich beeinflussen. Strengere Registrierungsregeln, die ein Minimum an Residenzzeit verlangen, machen es jüngeren Wahlberechtigten, die häufiger umziehen, schwerer, zur Wahl zu gehen. Die Einführung computergestützter Wahlmaschinen verringert dagegen die Wahlbeteiligung bei älteren Generationen, die im Allgemeinen weniger mit solchen Techniken vertraut sind.

Viertens zeigen Analysen der Wahlentscheidungen, dass der Gegensatz Jung gegen Alt in der deutschen Parteienlandschaft keine Bedeutung hat. Rentnerparteien sind in ganz Europa notorisch schwach, und altersbedingte politische Interessen haben bei der Wahlentscheidung keine nachweisbare Bedeutung. Fünftens haben ältere Wähler im Vergleich zu jüngeren eine stärkere Parteidentifikation, die sie über ihren Lebenslauf hinweg gefestigt haben. Ältere Generationen wurden darüber hinaus bei ihren Erstwahlen zugunsten anderer Parteien beeinflusst als jüngere. Doch nehmen diese generationalen Sozialisationsunterschiede wegen der allgemeinen Individualisierung der Wähler ab. Letztlich teilen ältere Generationen im Schnitt andere Werte als jüngere, was zu einer anderen Parteipräferenz führt. So gibt es in der Gruppe der nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen Wähler mehr Postmaterialisten, die in Deutschland relativ häufiger B*90/Grüne bevorzugen als Mitglieder älterer Kohorten.

Abstract

The empirical results are summarised with regard to voting participation and choice. Firstly, ageing voters get more used to voting with every new voting opportunity. In addition, they grow more compliant with voting as a social norm. Also, there are some changes, such as divorce, death of the partner or deteriorating health that decrease older voters' turnout. Secondly, in many established Western democracies, such as Germany, older voters are members of more civically-minded generations that view voting as a citizen's duty. Thirdly, the organisational structures of the electoral process can have different impacts on age groups. Registration rules that require a minimum period of residence make it more difficult for younger voters who move more often to get registered. The introduction of computer-based electoral machines disadvantages older generations who tend to be less familiar with that kind of technology.

Fourthly, the analysis of voting choice demonstrates that the opposition of young versus old does not matter in German party competition. Senior interest parties are notoriously weak across all of Europe, and age-related political interests do not affect the voting decision. Fifthly, older voters tend to have a stronger sense of party identification that they have developed across their life cycle. Older generations have also been influenced by different parties as first-time voters than have younger generations. However, these socialisation differences

- CAMPBELL, A. L.: How Policies Make Citizens: Senior Political Activism and the American Welfare State. Princeton: Princeton University Press 2003
- Congressional Budget Office: The Long-Term Outlook for Health Spending. (November 2007)
- FAURIE, H.: Talkin' 'bout my generation. *The New Republic* 28 March 1988, pp. 19–22 (1988)
- FRONSTIN, P.: Savings Needed to Fund Health Insurance and Health Care Expenses in Retirement. Employee Benefit Research Institute, Issue Brief No. 295 (July 2006). Available: http://www.ebri.org/pdf/briefspdf/EBRI_IB_07-20061.pdf
- GOERRER, A.: Can We Reform the Welfare State in Times of 'Grey' Majorities? The Myth of an Electoral Opposition between Younger and Older Voters in Germany. Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIFG), Working Paper 07/05 (2007)
- HE, W., SENGUPTA, M., VELKOFF, V. A., and DEBARROS, K. A.: 65+ in the United States: 2005. In: *U.S. Census Bureau: Current Population Reports Special Studies*, pp. 23–209, December 2005
- HERD, P., and KINGSON, E. R.: Reframing social security: Cures worse than the disease. In: HUDSON, R. B. (Ed.): *The New Politics of Old Age Policy*, pp. 183–204. Baltimore: Johns Hopkins University Press 2005
- HUELFAAR, R.: Catastrophic Politics: The Rise and Fall of the Medicare Catastrophic Coverage Act of 1988. University Park: Pennsylvania State University Press 1995
- JONES, J. M.: Public Divided on Social Security Privatization. Gallup News Service. Available: <http://seniorjournal.com/NEWS/SocialSecurity/5-01-05GallupPoll.htm>
- LIGHT, P. C.: Artful Work: The Politics of Social Security Reform. New York: Random House 1985
- MAXWELL, S., MOON, M., and SEGAL, M.: Growth in Medicare and Out-of-Pocket Spending: Impact on Vulnerable Beneficiaries. Urban Institute paper (December 2000). available: www.urban.org/url.cfm?ID=410253
- MOON, M.: Medicare: New England Journal of Medicine 344: 928–931 (2001)
- PEAR, R., and TOWER, R.: Bush Medicare Proposal Urges Switch to Private Insurers. *New York Times*, 5 March 2003, Section A, 19 (2003)
- PRESTON, S.: Children and the elderly: Divergent paths for America's dependents. *Demography* 21, 435–457 (1984)
- QUADAGNO, J.: Generational equity and the politics of the welfare state. *Politics and Society* 17, 253–276 (1989)
- SMITH, L.: The tyranny of America's old. *Fortune* 125/1, 68–72 (1992)
- Social Security Administration: Social Security Basic Facts. (30 August 2007). Available: <http://www.ssa.gov/psoffice/basicfact.htm>
- U.S. Bureau of Economic Analysis: Personal Savings Rate, 2007. Available: <http://www.bea.gov/briefm/saving.htm>
- U.S. Census Bureau: International Data Base, 2007. Available: <http://www.census.gov/cgi-bin/ipc/aggen>
- U.S. Government Accountability Office: Private Pensions: Low Defined Contribution Plan Savings May Pose Challenges to Retirement Security, Especially for Many Low-Income Workers. Report GAO-08-8 (November 2007). Available: <http://www.gao.gov/new.items/d088.pdf>
- U.S. House Ways and Means Committee: 2004 Green Book. Washington, DC: Government Printing Office 2004
- VERBA, S., SCHLOZMAN, K. L., and BRADY, H. E.: Voice and Equality: Civic Volunteerism in American Politics. Cambridge: Harvard University Press 1995
- WOLINGER, R. E., and ROSENSTONE, S. J.: Who Votes? New Haven: Yale University Press 1980
- Prof. Dr. Andrea Louise CAMPBELL
Department of Political Science
Massachusetts Institute of Technology
Cambridge, Massachusetts
USA
Phone: +00 617 4 522295
Fax: +00 617 2 5861 64
E-Mail: acampbel@mit.edu

disappear due to the individualisation of voters. Finally, older generations share other values than younger cohorts, a difference that can affect party preferences. For example, German voters born after World War II tend to be more postmaterialist than older cohorts, and prefer voting for the party B'90/Greens.

Dieser Beitrag stellt die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen älteren und jüngeren Wählern dar. Die Forschungsergebnisse werden im Hinblick auf ihre Implikationen für alternde demokratische Gesellschaften präsentiert. In dieser Literatur gibt es eine Verzerrung zugunsten nationaler Wahlen in fortgeschrittenen Industriestaaten; insbesondere in westeuropäischen Ländern und in den USA, so dass die Ergebnisse auch nicht für andere Länder und Wahlen interpretiert werden sollten.

Der Text ist in vier Teile aufgeteilt. Teil 1 gibt eine konzeptionelle Einführung zu grundsätzlichen Unterschieden zwischen Altersgruppen, die sich auf die Kohorte oder den Lebenszyklus zurückführen lassen. Leser, die mit diesen Konzepten vertraut sind, können diesen überspringen. Teil 2 fasst die Literatur zur Wahlbeteiligung unterschiedlicher Altersgruppen zusammen. Teil 3 beschreibt den Forschungsstand zur Wahlentscheidung. Teil 4 präsentiert einen Ausblick, in dem wünschenswerte Forschungsvorschläge und die Ergebnisse für die Zukunft alternder Demokratien themenartig zusammengefasst werden.¹

1. Konzeptionelle Einführung

In einer alternden Gesellschaft gibt es – relativ zur Gesamtbevölkerung – immer mehr ältere und immer weniger jüngere Wähler. Die Beobachtung dieser Gleichgewichtsverschiebung führt intuitiv zu der Frage, ob sich Wähler unterschiedlicher Altersgruppen anders verhalten. Wenn es systematische Unterschiede gäbe, würden wir in einer „alten“ Gesellschaft mit vielen älteren Wählern andere Wahlergebnisse erwarten als in einer „jungen“ – selbst wenn die Gesellschaften ansonsten gleich wären.

Diese Frage lässt sich durch folgendes Beispiel illustrieren. Man kann sich zwei Bürger vorstellen, die bei der Bundestagswahl 2005 wahlberechtigt sind: Einer der beiden ist 30 Jahre, der andere 75 Jahre alt. Hat man nur diese Altersinformation über die beiden Wahlberechtigten, welche Vorhersagen kann man dann über Unterschiede in ihrem Wahlverhalten treffen? Inwieweit geht der ältere Bürger die Fragen der Wahl oder Nichtwahl und des Wahlhaltes anders an, als der Bürger, der erst 30 Jahre alt ist?

Um die in irgendeiner Form vom Alter abhängigen Unterschiede zwischen den beiden Wählern analysieren zu können, muss man zwei Aspekte voneinander abgrenzen: die Zugehörigkeit zu einer Kohorte sowie die Position im Lebenszyklus, an der sich ein Individuum befindet. Eine Kohorte oder eine Generation² umfasst eine Gruppe von Individuen, die in

¹ Dieser Beitrag ist für allgemein Interessierte geschrieben, so dass keine politikwissenschaftlichen Vorkenntnisse zum Verständnis erforderlich sind. Ich zitiere der Übersichtlichkeit halber nicht jede einzelne Publikation in einem gegebenen Forschungsfeld, sondern konzentriere mich auf die wichtigsten. Als sprachliche Konvention verwende ich in Fällen, in denen es weibliche und männliche Substantivformen gibt, die männliche Form. Damit meine ich immer beide Geschlechter. Ich danke Marius Bussmeier, Andrea Diepen, Wolfgang Strebeck und Caroline Waerner für Kommentare zu früheren Versionen des Beitrages. Airo Hino bin ich für die Übersetzung der japanischen Daten dankbar.

² Manche Autoren gebrauchen den Terminus „Generation“ für eine Kohorte, deren Mitglieder ein Bewusstsein für ihre gemeinsame Zugehörigkeit und Erlebnisituation haben wie z. B. die Kriegsgeneration. Dieser Unterschied ist aber im Bereich der Wahlforschung unerheblich, da mir keine „selbst-bewussten“ elektoralen Kohorten bekannt sind.

derselben Zeitperiode geboren wurden. Der jüngere Wähler gehört zu der Kohorte, die 1975 geboren wurde. Der ältere ist Mitglied der Generation, die 1930 zur Welt kam. Wenn es einen Unterschied im Wahlverhalten gibt, der auf die Kohortenzugehörigkeit zurückgeht, dann sollte dieser unabhängig vom Alter der Wähler bei jeder Wahl zu messen sein. Beispielsweise sollte der Unterschied zwischen dem 30-Jährigen und dem 75-Jährigen im Jahr 2005 derselbe sein, wie zwischen dem 19-Jährigen und dem 64-Jährigen im Jahr 1994.

Der zweite große Unterschied zwischen den beiden Wählern ist das unterschiedliche Alter, das einen Einfluss unabhängig von der Kohortenzugehörigkeit haben kann. Der ältere Wähler ist 45 Jahre älter als der jüngere. Wenn abweichendes Wahlverhalten eher auf diesen Altersunterschied zurückzuführen ist, dann sollte er bei allen Kohorten zu messen sein, wenn man Wähler der verschiedenen Altersgruppen vergleicht. Zum Beispiel sollte ein Alterseffekt zwischen einem 75-Jährigen und einem 30-Jährigen bei der Wahl 2005 genauso zu messen sein wie im Wahljahr 1980.

1.1 Kohorten-/Generationeneffekte

Die Idee hinter einem Kohorteneffekt ist, dass eine in derselben Periode geborene Gruppe ähnliche Lebenserfahrungen in ihrer Jugend und jungem Erwachsenenalter macht und diese prägenden Erfahrungen mit sich trägt, während sie altert. Hier kann man nun zwischen zwei verschiedenen Kohorteneffekten differenzieren. Zum einen kann eine bestimmte politische Erfahrung im jüngeren Alter direkt die politischen Einstellungen prägen (wie der Eindruck einer charismatischen Persönlichkeit oder das gute Abschneiden einer politischen Partei). In diesem Fall ist die Kohorte politisch anders geprägt als eine Vergleichskohorte. Aus der politischen Sozialisationsforschung wissen wir, dass jüngere Menschen wesentlich beeinflussbarer sind als ältere Menschen und ihre früh gewonnene politische Prägung in vielen Fällen beibehalten (ALWIN et al. 1991). Zum anderen führt die Kohortenzugehörigkeit zu spezifischen sozioökonomischen Prägungen. Beispielsweise ist es wahrscheinlicher, dass Mitglieder jüngerer als älterer Generationen einen Universitätsabschluss erwerben. Diese Prägung kann dann einen direkten Effekt auf die politischen Einstellungen und das politische Handeln hinterlassen. Zum Beispiel gehen formell höher Gebildete eher zur Wahl. Der letzte Effekt ist also eher ein Kompositionseffekt; innerhalb einer gegebenen Kohorte sind die sozioökonomischen Subgruppen anders verteilt als in anderen Kohorten.

Zusammengefasst sind Kohorteneffekte Folgen einer sich sozial und politisch verändernden Welt, die zu jedem Zeitpunkt die Gruppe der jüngeren Wähler anders beeinflusst. In einer hypothetischen, politisch und sozial stagnierenden Welt, in der beispielsweise immer dieselbe Parteienkonstellation regiert und die Gesellschaft über Jahrzehnte in denselben Stratifikationsmustern verharrt, würde es demnach keine Kohorteneffekte geben.

1.2 Alters-/Lebenszykluseffekte

Unter den Effekten, die direkte Korrelate des Alters und unabhängig von der Kohortenzugehörigkeit sind, gibt es monotone, die im Lebensverlauf an Bedeutung gewinnen oder verlieren, und solche, die mit einem bestimmten Stadium im Lebenszyklus verbunden sind und nicht unbedingt monoton verlaufen müssen. Beispielsweise lässt sich bei Wahlen ein Lernprozess feststellen. Jeder Wahlberechtigte kann aus der Wahlbeteiligung oder der Erfahrung des Wahlkampfes Erfahrungen ziehen, die es ihm erlauben, bei der nächsten Wahl mit we-

niger Kosten im Sinne von Zeit oder Aufwand zu wählen. Folglich haben ältere Menschen immer mehr Erfahrung mit dem Wählen als jüngere Wähler. Die zweite Art von Alterseffekten prägt nur eine bestimmte Altersgruppe, deren Mitglieder sich in einer spezifischen sozialen Situation befinden. Zum Beispiel werden die politischen Wahlpräferenzen von Eltern zum Teil durch ihre Besorgnis um die Kinder bestimmt. Dieser Zusammenhang führt zu einem Unterschied zwischen Eltern – im Schnitt also Wähler zwischen etwa 25 und 50 – und älteren Wählern, die keine minderjährigen Kinder haben. Der Effekt an sich ist aber durch die soziale Lebenszyklussituation bestimmt, die nur mit dem Alter korreliert. Ein anderes Beispiel sind Altersrentenempfänger, deren materielle Situation weitestgehend vom Arbeitsmarkt abgekoppelt ist. Ihr politisches Verhalten kann durch ihre Interessen als Rentner beeinflusst werden.

Zusammenfassend sind Alterseffekte auf psychologische Verhaltensmuster oder soziale Erfahrungen entlang des Lebenszyklus zurückzuführen. Sie sind somit nicht dem Auf und Ab in der Politik ausgesetzt und längerfristig stabil.³

1.3 Kohorten- und Alterseffekte in der Diskussion um eine alternde Gesellschaft

Das Ausgangsinteresse dieses Beitrages gilt den sichtbaren Konsequenzen einer alternden Gesellschaft für die Wahlergebnisse. Bis jetzt sind die konzeptionellen Unterschiede zwischen Alters- und Kohorteneffekten dargestellt worden. Nun werden die unterschiedlichen Auswirkungen dieser Effekte auf eine Gesellschaft gezeigt, deren Bilanz von Wählern verschiedener Altersgruppen sich verändert, im Fall von alternden Gesellschaften zugunsten von älteren Wählergruppen. Um die Implikationen zu diskutieren, denke man an zwei hypothetische gesellschaftliche Szenarien.

Man stelle sich zuerst eine „alte“ Gesellschaft vor, in der die Unterschiede zwischen alten und jungen Wählern nur auf Kohorteneffekte zurückzuführen sind. Bei einer Wahl in einem bestimmten Jahr ständen sich folglich eine relativ große Gruppe von älteren Wählern, die sich aufgrund ihrer Generationenerfahrung von anderen Gruppen unterscheidet, und eine relativ kleine Gruppe von jüngeren Wählern einer anderen Generation gegenüber. Jede Gruppe wählte im Schnitt anders aufgrund unterschiedlicher Kohortenzugehörigkeit. Da die Gruppe der Älteren großes numerisches Gewicht hätte, würden ihre Präferenzen auf das Wahlergebnis einen relativ größeren Einfluss bei jener Wahl haben. 20 Jahre später jedoch – die Gesellschaft wäre immer noch „alt“, da sich demographische Prozesse nur langsam entwickeln – bestünde die Gruppe der älteren Wähler aus einer anderen Generation, die andere Erfahrungen gemacht hätten. Dasselbe gälte für die Gruppe der jüngeren Wähler. Folglich ist das aggregierte Ergebnis dieser Konstellation ein anderes als das 20 Jahre vorher. Wir können also aus diesem Gedankenexperiment schließen, dass Unterschiede zwischen Generationen in einer alternden Gesellschaft nicht zu langfristig stabilen Unterschieden zwischen Altersgruppen führen. Vielmehr ergeben sich nur kurz-

3 Die bisherige Diskussion hat die beiden Effektkarten in ihrer ideellen Reinform dargestellt. Man muss aber verdeutlichen, dass diese Effekte logisch und empirisch zusammenhängen. Zum einen sind Kohorteneffekte nichts anderes als Effekte einer Periode auf die junge Altersgruppe, die gewissermaßen eingefroren werden. Somit besteht ein logischer Zusammenhang zwischen Kohorte und Alter. Zum anderen ist die soziologische Erfahrung des Lebenszyklus nicht über Jahrzehnte hinweg stabil. Beispielsweise sind die politischen Interessen der Elternschaft heute nicht ein fach mit denen der Elternschaft vor 50 Jahren vergleichbar. Das heißt, dass die Generation der Eltern heute andere Erfahrungen macht als die Generation ihrer Großeltern vor 50 Jahren. Folglich können Lebenszykluseffekte empirisch leicht auch mit einer generationellen Färbung auftreten.

fristige Effekte einer je nach Zeitpunkt der Wahl unterschiedlichen Generationenkonstellation.

Als zweites Gedankenexperiment nehme man an, eine Gesellschaft erfühlere keinen sozialen und politischen Wandel. Alle Unterschiede zwischen Wählern verschiedenen Alters wären auf Unterschiede im Lebenszyklus zurückzuführen. Wenn solch eine Gesellschaft von heute auf morgen altern würde, führten die Alterseffekte zu einer stabilen Veränderung des Wahlprozesses. Wenn beispielsweise ältere Wähler mehr Erfahrung mit Wahlen haben und deswegen wählen einfacher finden, müsste es in einer „alten“ Demokratie zu einer stabilen, relativ höheren Wahlbeteiligung älterer Wähler kommen. Es ist zu folgern: Alterseffekte führen in einer alternden Gesellschaft zu langfristig stabilen Unterschieden (vgl. für eine längere Ausführung dieses Argumentes GOERRES 2009).

2. Wahlbeteiligung

Ältere Wähler in fortgeschrittenen Industrienationen gehen eher zur Wahl als jüngere. Abbildung 1 zeigt die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei deutschen, britischen und japanischen Parlamentswahlen im Jahr 2005. In allen drei Fällen ist die Wahlbeteiligung von jüngeren Wählern unter 30 deutlich niedriger als die von Senioren jenseits der 60. Die drei Beispielländer sind sich sehr ähnlich bezüglich ihrer demographischen Struktur und ihres

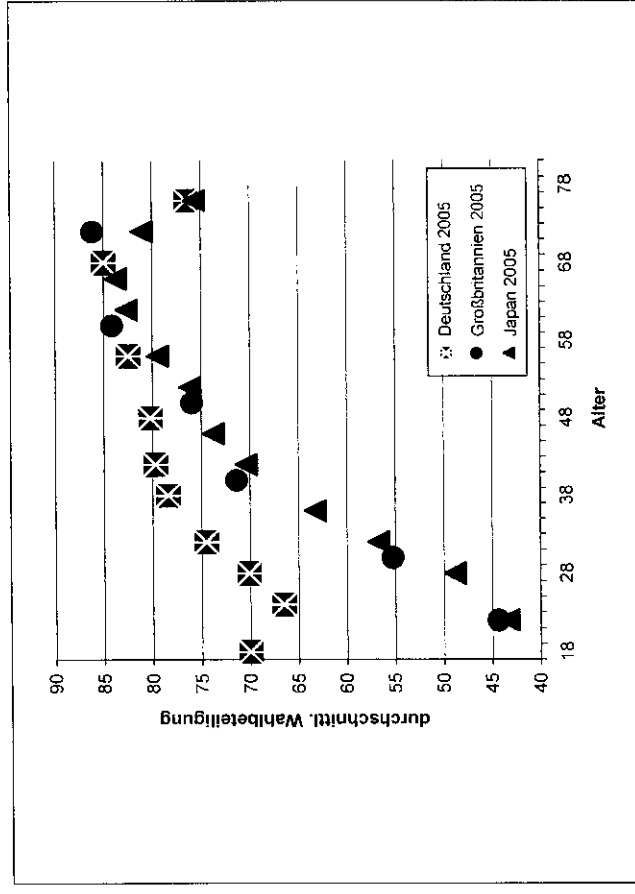


Abb. 1 Durchschnittliche Wahlbeteiligung bei nationalen Parlamentswahlen in Deutschland, dem Vereinigten Königreich und Japan im Jahr 2005. Quellen: PHELPS 2005. *The Association for the Promotion of Fair Elections* 2005; NAMISIO et al. 2006

wirtschaftlichen Entwicklungsstandes. Sie unterscheiden sich jedoch aufgrund ihrer Wahl- und Parteiensysteme. Der starke Zusammenhang zwischen Alter und Wahlbeteiligung über Ländergrenzen hinweg deutet zumindest zum Teil auf kontextunabhängige Faktoren hin.

Die folgenden Abschnitte geben einen Überblick über mit dem Alter zusammenhängende Unterschiede: (a.) Sozialisationsunterschiede zwischen Generationen in Bezug auf die Staatsbürgerpflicht zu wählen, (b.) mit dem Alter an Bedeutung gewinnende Habituat- und ansteigend normkonformes Verhalten, (c.) mit dem Alter wachsende Lebenserfahrung, (d.) mit dem Lebenszyklus zusammenhängende Faktoren: Residenzzeit, Gesundheit, Kohabitation und (e.) der Einfluss der formellen Wahlorganisation.

2.1 Ältere Wähler als Angehörige bürgerlich denkender Generationen

Die erste Erklärung für die höhere Wahlbeteiligung von älteren Wählern geht auf Kohortenunterschiede zurück. Ältere Wähler heute gehören zu Generationen, denen ein größerer Bürgersinn nachgesagt wird. FRANKLIN (2004) zeigte in einer Studie von Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und den USA, dass ältere Generationen eine höhere Wahlbeteiligung aufweisen als jüngere. Dieser Effekt wurde auch von BLAIS und KOLLEGEN (2004) für Kanada und von BECKER (2002) für Deutschland bestätigt. Die fallende Wahlbeteiligung in Kanada kann z. B. durch den Ersatz von wahrleitigen Kohorten durch eher wahrleitige Kohorten erklärt werden. Die Abbildung 2 zeigt die Abfolge von britischen Generationen, die durch Sozialisation in derselben politischen Periode charakterisiert sind (Goerres 2008, 2009). Die fettgedruckten Werte zeigen die „Anfangswerte“ der Wahlbeteiligung bei nationalen Parlamentswahlen jeder Kohorte an, d. h. die durchschnittliche Wahlbeteiligung in den ersten Wahljahren einer jeden Kohorte. Der Wert sinkt von 84% der Generation, die zwischen 1951 und 1966 das erste Mal zur Wahl ging

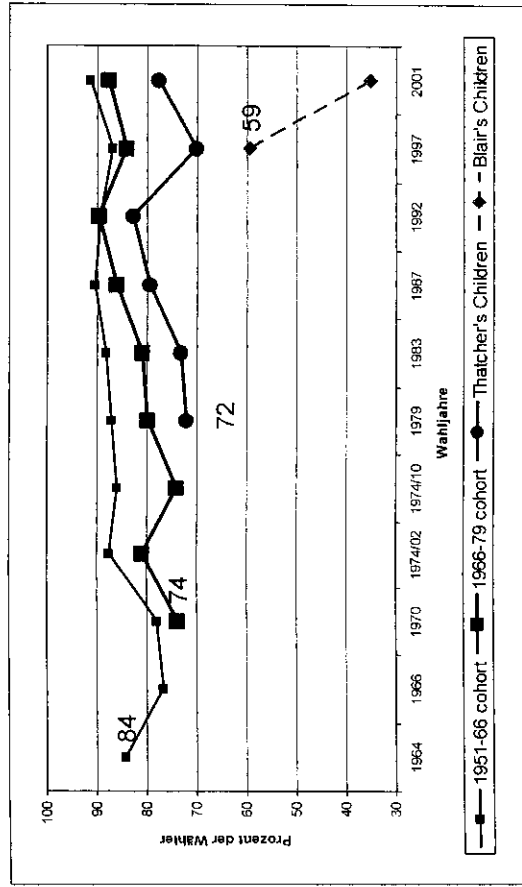


Abb. 2 Durchschnittliche Wahlbeteiligung politisch definierter Generationen im jungen Alter in Großbritannien 1964–2001. Quelle: Eigene Analysen der *British Election Studies 1964–2001*

(„1951–1966 cohort“), bis auf 59% bei der Generation, deren Mitglieder 1997 und später das erste Mal zur Wahl aufgerufen waren („Blair's Children“). Dieses Beispiel illustriert, dass die Wahrscheinlichkeit der Erstwahl bei Jungwählern nachfolgender Generationen sinkt.

Abbildung 3 zeigt eine andere Reihe von britischen Generationen, die im Datenzeitraum von 1964 bis 2001 etwa 70 Jahre alt waren. Auch bei diesen Kohorten zeigt sich eine sinkende durchschnittliche Wahlbeteiligung im höheren Alter, die allerdings nur von 90% bei den Erstwählern unter König EDUARD (*Victorian generation*) auf 87% bei den Erstwählern in der Zeit von 1951 bis 1966 („1951–1966 cohort“) fällt. Diese Grafik verdeutlicht, dass sich nachfolgende Generationen auch im hohen Alter in geringerem Maße an den Wahlen beteiligen, wobei die Unterschiede sehr klein sind im Vergleich zu den Veränderungen bei Jungwählern.

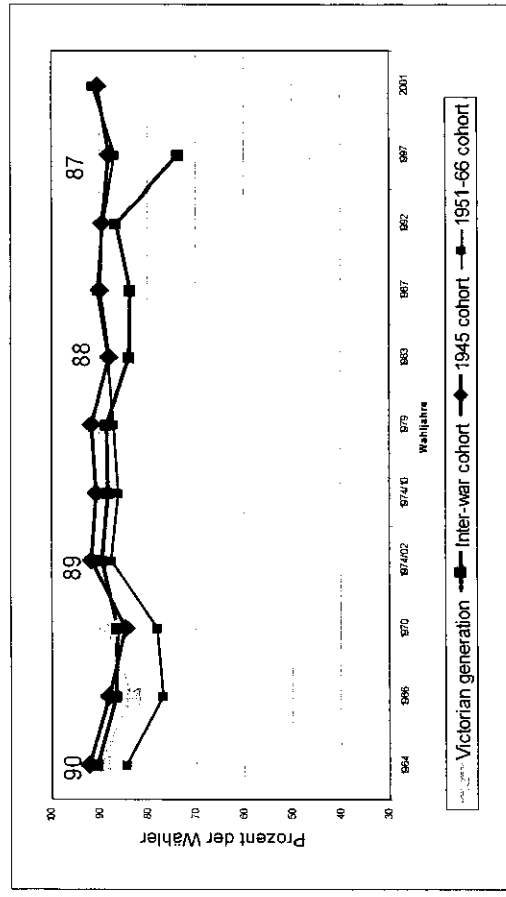


Abb. 3 Durchschnittliche Wahlbeteiligung von politisch definierten Generationen in Großbritannien im hohen Alter 1964–2001. Quelle: Eigene Analysen der *British Election Studies 1964–2001*

Die Begründung für die sinkende Wahlbeteiligung bei neueren Kohorten wird häufig in einem Rückgang von Pflichtbewusstsein gesucht. Neuere Generationen sehen es weniger als ihre Staatsbürgerpflicht an, wählen zu müssen. Warum diese Veränderung der Wahrnehmung der eigenen Rolle gegenüber dem Staat stattfindet, ist nicht geklärt. Mögliche Gründe sind: zunehmende Individualisierung, Tertiärisierung (d. h. ein ständig an wirtschaftlicher Bedeutung gewinnender Dienstleistungssektor und der gleichzeitige Abbau traditioneller Arbeitermilieus) und Säkularisierung (die abnehmende Bedeutung von Religion für das soziale Leben). Zwar scheint politische Verdrossenheit bei Jugendlichen bestimmter Epochen Generationen zu prägen, wie beispielsweise eine konstant niedrigere Wahlbeteiligung der Jungwähler unter Margaret THATCHER (CLARKE et al. 2004, RUSSELL et al. 1992), aber hauptsächlich ist die Veränderung gradueller Natur. Das Pflichtbewusstsein nimmt langsam, aber in einigen Ländern stetig, ab. Ein konsistenter Zusammenhang ist auch die – im

Vergleich zu vorhergehenden Kohorten – relativ geringere Wahlwahrscheinlichkeit der Kohorten, die in den 1960er Jahren in einigen Demokratien überraschend früh die Wahlberechtigung erlangten, weil das Wahlalter von 21 auf 18 gesenkt worden war (FRANKLIN 2004).

Die Konsequenz dieser Generationenunterschiede ist, dass ältere Wähler noch für einige Jahre Generationen angehören werden, die grundsätzlich aufgrund ihrer Sozialisations-erlebnisse und ihrer Einstellungen zum Staat hohe Wahlwahrscheinlichkeiten haben werden. Obwohl Unterschiede zwischen Generationen in einigen westlichen Demokratien nachgewiesen werden konnten, fehlen vergleichende Erkenntnisse über neuere Demokratien, beispielsweise in Osteuropa. Die Sozialisationsunterschiede der Generationen, die vor und nach der Demokratisierung in diesen Ländern in das Wahlalter kamen, dürften sehr unterschiedliche Spuren hinterlassen haben. Doch ist nicht einfach zu hypothesieren, welcher Art die Unterschiede sein könnten.

Man kann nicht mit Bestimmtheit sagen, wie sich die Einstellungen älterer Wähler langfristig entwickeln. Schließlich ist die Sozialisationserfahrung bei den noch nicht Wahlberechtigten oder den noch ungeborenen Staatsbürgern nicht vorherzusehen. Zum Beispiel zeigt eine Analyse der neuesten Daten, dass die jüngste Kohorte in den USA Wahlen wieder stärker als Ausdrucksmöglichkeit ihres politischen Willens anerkennt (DALTON 2008).

2.2 Mit dem Alter ansteigende Bedeutung der Habituation und des normenkonformen Verhaltens

Während neuere Kohorten in vielen westlichen Demokratien sinkende Wahlbereitschaft aufweisen, haben jüngere Wähler außerdem weniger politische Erfahrung mit dem Wahlprozess. PLUTZER (2002) beschreibt, dass Wählen ein habituelier Prozess ist, bei dem die eigene Erfahrung eine hohe Vorhersagekraft für späteres Wahlverhalten hat. Die grundsätzliche Annahme ist hierbei, dass Wählen aus einer entwicklungstheoretischen Perspektive gesehen werden sollte. Individuen neigen zu trägem Verhalten: Sie wiederholen gerne Routinen, denen sie bereits nachgegangen sind (FRANKLIN 2004). Deswegen unterscheiden sich ältere Wähler von jüngeren. Erstere sind weiter in diesem Habituationsprozess als Letztere. Häufigere Wiederholung derselben Handlung führt zu relativ geringeren Kosten (Zeit und Mühe), eine weitere Wiederholung durchzuführen. Ältere Wähler haben folglich im Schnitt einen geringeren Aufwand, wählen zu gehen. Die Habituation der Wahlteilnahme ist eine direkte Funktion des Alters und nicht der Kohorte (vgl. auch GOERRES 2007b).

Ein zweiter Prozess, der die Wahlbereitschaft mit zunehmendem Alter erhöht und mit der Habituation zusammenhängt, ist die wachsende Neigung, mit dem eigenen Verhalten sozialen Normen zu entsprechen. Eine soziale Norm ist eine gesellschaftliche Verhaltensvorschrift, deren Einhaltung dem Individuum soziale Befriedigung verschafft und deren Nichteinhaltung zu sozialen Sanktionen führt (vgl. OPP 2006). Die Wahlnorm ist eine solche soziale Norm. Umfrageergebnisse zeigen, dass Bürger etablierter Demokratien mit großer Mehrheit der Aussage zustimmen, man solle wählen (vgl. auch BLAIS 2000). Je älter ein Wähler ist, desto eher stimmt er dieser Aussage wie auch anderen Aussagen über soziale Normen, z. B. zur Steuerehrlichkeit, zu. Die Kausalkette hinter der Korrelation zwischen Alter und der steigenden Bereitschaft, sozialen Normen zu entsprechen, bleibt unklar. Vermutlich steigt mit einer wachsenden Anzahl von gelebten Jahren in einer Gesellschaft auch die Identifikation mit ihren Werten und Normen.

In Ländern mit sehr hoher Wahlbeteiligung nimmt die Wahrscheinlichkeit zu wählen (*ceteris paribus*) über Altersgruppen hinweg nur wenig zu. Das Beteiligungsniveau von jüngeren Wählern in solchen Ländern ist bereits relativ hoch, so dass die Zunahme mit steigendem Alter nur gering sein kann. In solchen Ländern, in denen die Wähler eine hohe Befolgung der sozialen Norm in Form einer hohen Wahlbeteiligung erleben, haben bereits junge Bürger großen Anreiz, dieser Norm zu entsprechen, um soziale Befriedigung zu erlangen. In Ländern mit geringer Wahlbeteiligung ist die Zunahme der Wahlwahrscheinlichkeit über die Altersgruppen hinweg deutlich größer. Jüngere Wähler haben in Ländern mit niedriger Wahlbeteiligung nicht so viel durch Einhaltung der sozialen Norm zu gewinnen, weil die Befolgung der Wahlnorm nur eine relativ kleine soziale Gratifikation mit sich bringt, so dass die zunehmende Wahrscheinlichkeit, sich mit steigendem Alter normenkonform zu verhalten, deutlich sichtbar ist (GOERRES 2007b).

2.3 Lebenserfahrung

Eine weitere These, die erklärt, warum ältere Wähler eher zur Wahl gehen, ist ihre zunehmende „Lebenserfahrung“ (STRATE et al. 1989, ROSENSTONE und HANSEN 1993, WOLFINGER und ROSENSTONE 1980). Diese Erklärung ist empirisch nur schwer von der Idee der Habituation und steigender Bereitschaft, sich normenkonform zu verhalten, zu trennen. Doch betont diese Erklärung eher die Zunahme an allgemeiner Erfahrung und wahlrelevanten Fertigkeiten, als wachsende Gewohnheit oder sich verändernde Anreizstrukturen alternierender Wähler.

WOLFINGER und ROSENSTONE (1980, Kapitel 3) untersuchten amerikanische Zensusdaten und fanden einen systematischen Interaktionseffekt zwischen formeller Bildung und Alter. Je älter ein Bürger war, desto kleiner war der Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen mehr und weniger gebildeten Wählern. Dies sei darin begründet, dass Lebenserfahrung mit dem Alter steigt und kognitive Vorteile der Höhergebildeten ersetzen kann. Individuen, die höhere Bildung genossen, erfahren die Funktionsweise von Wahlen über ihre Bildung und entwickelten einen kognitiven Vorsprung gegenüber ihren niedriger gebildeten Altersgenossen. Doch konnten die Niedriggebildeten mit steigendem Alter zunehmend die Bedeutung und Funktionsweise des Wahlprozesses lernen.

Dieser frühe Befund wurde in anderen Studien amerikanischer Umfragedaten bestätigt. STRATE et al. (1989) schätzten ein statistisches Modell mit direktem und indirektem Einfluss von Alter. Sie belegten, dass Alter vor allem über diverse, der demokratischen Staatsbürgerrolle zuträglichere Fertigkeiten (*civic competence*) einen sehr großen Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat. Darunter fällt beispielsweise die Beschaffung und Verarbeitung politischer Informationen. Gemäß dieser These sammeln ältere Individuen Wissen und verfügen über Routinen zur Informationsgewinnung, die es ihnen erleichtern, wählen zu gehen. ROSENSTONE und HANSEN (1993) bestätigten diese Befunde und weiteten die Analyse auch auf andere Formen politischer Beteiligung außerhalb des Wahlprozesses aus.

2.4 Weitere mit dem Lebenszyklus korrelierte Faktoren

Es gibt eine Reihe soziologischer Korrelate von Alter, die vornehmlich dem Lebenszyklus zugerechnet werden können (GOERRES 2007b): (a.) Die Residenzdauer: Ältere Wähler haben im Schnitt länger an einem bestimmten Ort gelebt. Dies erhöht die Wahlwahrscheinlichkeit,

weil Wähler vor Ort mehr Leute kennen, denen sie ihre Wahlbeteiligung beim Wahlgang demonstrieren können, und weil sie deutlicher die Probleme des Wahlkreises wahrnehmen (vgl. auch FRANKLIN 2005). (b.) Die Wahrscheinlichkeit mit einem Partner zusammenzuleben: Ältere Wähler unterscheiden sich von Wählern eher mittleren Alters, weil die ersten wahrscheinlich nicht (mehr) mit einem Partner zusammenleben, der sie zum Wählen mobilisieren könnte. (c.) Ältere Wähler leiden eher an gesundheitlichen Problemen. Diese Probleme (und die subjektive Wahrnehmung dieser Probleme) behindern die Wähler darin, zur Wahl zu gehen. Die beiden letzten Punkte, Partner und Gesundheit, erklären vermutlich den allgemeinen Knick der Wahlkurve im höheren Alter jenseits der 70 (vgl. Abb. 1).

2.5 Der Einfluss der Wahlorganisation

Die bisher aufgeführten Erklärungen bezogen sich allesamt auf psychologische und soziologische Unterschiede zwischen Altersgruppen, die Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung haben. Weitere Unterschiede zwischen Altersgruppen können aufgrund von Effekten der Wahlorganisation entstehen. Wahlen sind ein hochregulierter Prozess; die Teilnahme der Wähler kann durch Eigenschaften der Verwaltung und Regulierung bestimmt werden. Registrierungsregeln, Wahlsystem und Technologien für die Durchführung können Altersgruppen unterschiedlich beeinflussen. In einer Studie über Differenzen in der Wahlbeteiligung bei den Gouverneurswahlen von Georgia in den Jahren 1998 und 2002 wurde der Einfluss neuer Technologien (Wahlcomputer) geschätzt. Die Ergebnisse zeigen, dass Wahlkreise mit einem höheren Prozentsatz von Wählern über 65, einen Rückgang der Wahlbeteiligung zu verzeichnen hatten. Die Erklärung könnte generationaler Natur sein: Ältere Jahrgänge waren weniger mit neuen Technologien vertraut als jüngere (ROSEMAN JR. und STEPHENSON 2005).

Registrierungsregeln dagegen verlangen in manchen Ländern, die – anders als Deutschland – keine Meldepflicht haben, dass Bürger, die eine gewisse Zeitspanne in einem Gebiet gelebt haben, sich selbstständig registrieren müssen, um wählen zu dürfen. Dies führt zu einem Vorteil für Bürger, die weniger umziehen und länger in einem Wahlkreis leben. Da ältere Bürger tendenziell länger in einem Distrikt leben als jüngere, leiden ältere Wähler im Schnitt weniger an diesen administrativen Hürden (SQUIRE et al. 1987).

2.6 Zusammenfassung: Wahlbeteiligung

Ältere Wähler nehmen aufgrund einer Reihe miteinander verbundener Prozesse, die parallel zum Alterungsprozess ablaufen und unabhängig von Generationenunterschieden bestehen, anders am Wahlprozess teil.

- Bei älteren Wahlberechtigten spielt der Prozess der Habituation aufgrund wiederkehrender Wahlgelegenheiten eine zunehmende Rolle. Routinen des Wählens und der Erfahrung mit politischen Kandidaten, Parteien und Politiken erleichtern erneutes Wählen.
- Je älter Wähler sind, desto eher unterstützen sie die Wahlnorm als soziale Norm, deren Einhaltung soziale Befriedigung bringt, und verhalten sich entsprechend.
- Je älter Wähler sind, desto mehr nichtpolitische Erfahrungen und Verständnis des politischen Prozesses haben sie, so dass der politische Prozess und der Ablauf des Wählens einfacher werden.

- Neben den kontinuierlichen Veränderungen, die sich parallel zum Lebenslauf entwickeln, sind einige abrupte Veränderungen, wie Scheidung oder Ableben des Partners, sowie sich verschlechternde Gesundheit Faktoren, die die Wahlbeteiligung von älteren Wählern reduziert. Ältere Wähler profitieren dagegen von längerer Residenzzeit an demselben Ort.

Daneben gibt es einige Generationenunterschiede:

- In vielen etablierten westlichen Demokratien – darunter Deutschland – gehören ältere Wähler Generationen an, die Wählen seit ihren ersten Wahlen stärker als Staatsbürgerpflicht empfinden. Dieses hohe Pflichtbewusstsein begleitet diese Generationen durch den Lebenszyklus, und es unterscheidet sie heute von jüngeren Kohorten, die diese Pflicht nur in geringerem Ausmaß kennen.
- Letztlich können bestimmte Strukturen der Wahlorganisation Altersgruppen unterschiedlich beeinflussen. Die Einführung neuer Technologien in der Wahlkabine, wie computerunterstützter Wahlmaschinen, senkt die Wahlbeteiligung bei älteren Generationen, die im Allgemeinen weniger mit solchen Techniken vertraut sind.

3. Wahlentscheidung

Neben dem Prozess, der in die Wahlkabine führt, unterscheiden sich Altersgruppen auch systematisch in den Inhalten der Wahlentscheidung. Die Ergebnisse lassen sich in vier Bereichen aufgliedern: (a.) der Umgang mit politischer Information bei der Wahlentscheidung, (b.) die Entscheidung für Kandidaten aufgrund von Kandidatenmerkmalen, (c.) die Entscheidung für politische Parteien sowie (d.) Alter als politische Konfliktlinie, Seniorenparteien und Rentnerinteressen.

3.1 Der Denkprozess zur Wahlentscheidung

Wähler müssen sich in einem komplexen Kontext von hoher Informationsdichte für eine der Wahloptionen entscheiden. Es gibt so viele Informationen, dass Individuen Strategien entwickeln müssen, um mit dieser Fülle an Informationen umzugehen. Die empirische Analyse dieser Denkprozesse ist schwierig, weil sie unsichtbar für einen Beobachter und zum Teil unbewusst für den Entscheidenden selbst ablaufen. Politische Psychologen müssen daher Probanden künstlichen Entscheidungssituationen aussetzen, um sie dann in diesen Situationen zu beobachten. In einer Studie von etwa 700 amerikanischen Bürgern in einer nichtrepräsentativen Stichprobe führte REDLAWSK (2004) eine Reihe von Experimenten durch. Er maß, inwieweit die Versuchspersonen zwei verschiedene Arten von Entscheidungsregeln in einer politischen Wahl-situation benutzten. Individuen, die den ersten Typus von Regeln nutzten, verglichen paarweise alle Wahlalternativen in Bezug auf bestimmte Kriterien. Dieser Entscheidungsmechanismus ist sehr anspruchsvoll in Bezug auf kognitive Fähigkeiten. Beim zweiten Mechanismus zielen die Anwender eher darauf ab, Optionen möglichst schnell fallen zu lassen. Zu diesem Ziel werden seriell Optionen verglichen, so dass nicht unbedingt alle Alternativen in Betracht gezogen werden müssen. Dieser zweite Mechanismus ist viel einfacher und weniger fordernd als der erste. In dieser Stichprobe

zeigte sich ein systematischer Zusammenhang zwischen höherem Alter und dem Vorzug der einfacheren Regeln. Die vermutete Begründung des Autors ist das Nachlassen kognitiver Fähigkeiten mit höherem Alter, wodurch die erste Strategie schwieriger wird. Ältere Wähler scheinen demnach eher auf Entscheidungsregeln zurückzugreifen, die keinen systematischen Vergleich von allen Alternativen beinhalten.

3.2 Eigenschaften von Wahlkandidaten und das Alter der Wähler

Bei vielen Wahlen kann der Wähler zwischen Kandidaten wählen. Die Kandidaten können eine von mehreren Wahlstimmen bekommen, wie z. B. die Erststimme bei deutschen Bundestagswahlen. Oder es gibt nur eine Kandidatenstimme wie z. B. im Pluralitätssystem bei britischen Unterhauswahlen. Kandidaten haben eine ganze Reihe von Eigenschaften, die dazu führen können, dass sie von mehr oder weniger Wählern gewählt werden. Inwieweit unterscheiden sich Altersgruppen in Wahlen, bei denen Kandidaten mit unterschiedlichen Attributen zur Wahl stehen? Diese Frage ist nicht nur wichtig bei der Wahl von Kandidaten, sondern im größeren Maße auch bei der Parteienwahl. Da Parteibindungen zurückgehen, wählen Wähler zunehmend gemäß ihrer Bewertung der vergangenen und erwarteten Parteileistungen. Neben einer retrospektiven und prospektiven Bewertung der Partei spielt vor allem die Person des Spitzenkandidaten eine wichtige Rolle (vgl. für Großbritannien CLARKE et al. 2004).

PLIVAIN (1987) zeigte in einer experimentellen Untersuchung von 1500 US-amerikanischen Probanden, dass es starke Effekte des Kandidatenalters auf alle Probanden gibt. Weiterhin fand sie einen Altersähnlichkeitseffekt: Jüngere Probanden bevorzugten stärker jüngere Kandidaten, ältere dagegen eher ältere Kandidaten.

3.3 Parteienwahl

Die wichtigsten und häufigsten demokratischen Wahlen betreffen die Entscheidung zwischen politischen Parteien. In der Geschichte der Wahltheorien gibt es – vereinfacht dargestellt – zwei Traditionen: die soziologische und die *Rational-Choice*-Perspektive. Die soziologische Tradition geht zurück auf die Idee, dass Individuen in ihren jungen Jahren bezüglich ihrer Parteipräferenzen sozialisiert werden. Das soziale Milieu ihres Elternhauses und der Wohngegend gibt jungen Menschen bereits Prägungen bezüglich einer bestimmten Partei. Beispielsweise wurde traditionell in Deutschland ein Arbeiterkind in einem nichtreligiösen Elternhaus eher durch Signale dazu beeinflusst, die SPD zu wählen, wohingegen ein Arbeiterkind in einem katholisch-religiösen Elternhaus eher Signale empfing, die CDU/CSU zu wählen. Diese „Erstpräferenzen“ werden dann durch eigene Wahlen gemäß dieser Präferenzen verstärkt (CAMPBELL et al. 1960, BUTLER und STOKES 1983 [1974], ROSE und McALISTER 1990). Die zentrale Variable dieser Tradition ist die Parteienidentifikation, d. h. die Intensität, mit der sich der Wähler mit einer Partei identifiziert. Gemäß dieser Perspektive sind die Mehrheit der Wähler Stammwähler, die selten ihre Parteien wechseln. Wähler führen sich einer bestimmten Ideologie verpflichtet, die sie bei jeder Wahl dazu bringt, ihre Stimme entsprechend der Identifikation abzugeben.

Die zweite Tradition des *Rational-Choice*-Ansatzes geht auf eine räumliche Vorstellung von Wahlmöglichkeiten und Wählern zurück (DOWNS 1957). Wähler haben gegebene Präferenzen, gemäß derer sie sich selbst in einem hypothetischen Präferenzraum verorten

können. Parteien nehmen in diesem Raum ebenfalls Positionen ein, so dass Wähler die Parteien wählen können, die ihnen räumlich am nächsten sind. Ihren Präferenzen folgend sind Wähler an der Umsetzung ihnen wichtiger Politiken interessiert. Sie werden die Partei wählen, von der sie den höchsten Nutzen für ihre eigenen Interessen erwarten. In dieser Sichtweise spielt das Eigeninteresse des Wählers an bestimmten Politiken eine größere Rolle als seine Ideologie, d. h. sein grundlegendes Wertesystem.

In beiden Traditionen gibt es Forschungsergebnisse, die relevant sind, um die Unterschiede zwischen jungen und älteren Wählern zu verstehen. Man kann die Parteienwahlforschung auf vier Unterthemen herunterbrechen: (a.) die Entstehung von Parteienidentifikation, (b.) politische Generationen, (c.) generationaler Wertewandel, (d.) Konservatismus.

Abbildung 4 gibt einen Überblick über die Wahlpräferenzen älterer und jüngerer westdeutscher Wähler zugunsten der SPD und CDU/CSU im Zeitraum 1949 bis 2005. Das Schaubild zeigt für jede der beiden Parteien einen Graphen. Jeder Datenpunkt stellt einen Quotienten aus der Wahrscheinlichkeit, dass jemand aus der Gruppe der Senioren (60 und älter) diese Partei wählte, geteilt durch die Wahrscheinlichkeit der jüngeren Wähler, die 59 und jünger waren. Wenn der Punkt über der 1 liegt, bedeutet das, dass die Senioren bei jeder Wahl eine größere Wahrscheinlichkeit hatten, diese Partei zu wählen, als die jüngeren Wähler. Liegt der Punkt unterhalb der 1, deutet dies auf eine größere Wahrscheinlichkeit bei den jüngeren Wählern hin.

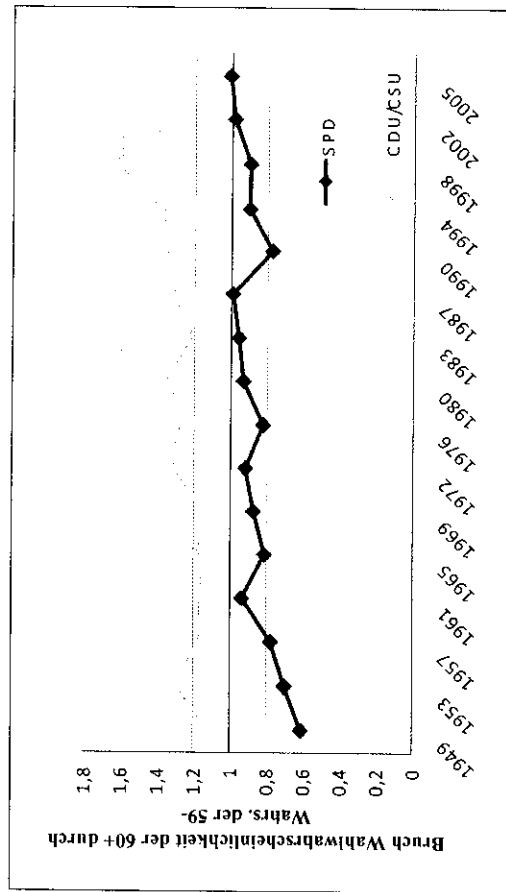


Abb. 4 Quotienten der Wahlwahrscheinlichkeiten (Senioren geteilt durch Jüngere) für SPD und CDU/CSU in Westdeutschland 1949–2002. Quelle: Eigene Berechnungen anhand der deutschen Wahlstudien 1961–2005 und des Politbarometers 2002

Das Schaubild deutet an, dass es systematische Unterschiede zwischen älteren und jüngeren Wählern gibt. In allen Wahljahren war die CDU/CSU populärer in der Gruppe der Senioren. Doch die Unterschiede variieren sehr stark. 1949 belief sich der Unterschied auf nur 10%, 1998 dagegen auf 60%. Die SPD war häufig relativ beliebter in der Gruppe der jüngeren

Wähler, doch gab es einige Jahre wie 1961, 1980 bis 1987, 2002 bis 2005, in denen die SPD in beiden Altersgruppen gleich stark gewählt wurde.

3.4 Die Entstehung von Parteienidentifikation

Parteienidentifikation ist die zentrale Variable in der soziologischen Wahltradition. Je stärker man sich mit einer Partei identifiziert, desto eher wählt man sie. Man kann bei der Entstehung von Parteienidentifikation zwei Aspekte unterscheiden: die Richtung (Identifikation mit welcher Partei?) und die Intensität (wie stark ist die Identifikation?). Die Richtung der Parteienidentifikation wird besonders bei den ersten Wahlen und durch die frühe politische Sozialisation bestimmt. Deswegen ist der politische Kontext bei Jungwählern wichtig. Wenn es Parteien schaffen, Jungwähler an sich zu binden, können sie von der Loyalität dieser Gruppe noch in den folgenden Wahlen profitieren. Der nächste Abschnitt über politische Generationen geht näher auf diese Thematik ein.

Die Stärke der Parteienidentifikation beruht vor allem auf dem Prozess des wiederholten Wählens der gleichen Partei. Wähler vertiefen ihre eigene Identifikation mit jeder Wahlstimme, die sie für ihre Partei abgeben (CONVERSE 1976, TILLEY 2003, GLUCHOWSKI 1983, CAMPBELL et al. 1960). Somit ergibt sich bei diesem Verstärkungsprozess ein Alterseffekt. Je älter ein Wähler ist (unabhängig von der Kohorte), desto stärker sollte – dieser These nach – seine Parteienidentifikation sein. Infoagedessen sollte auch die Wahrscheinlichkeit des Stammwählens bei älteren Wählern größer sein. Ein erweiterter Effekt dieser mit dem Alter steigenden Intensität ist die Verzerrung der Parteipräferenzen zugunsten etablierter Parteien bei älteren Wählern. Jüngere Wähler müssen erst lernen, dass es sich nicht „lohnt“, für kleine Parteien zu wählen, die nicht die Regierungspolitik durch ihre Beteiligung an der Regierung oder ihre Präsenz in Parlamenten beeinflussen können (BARNES 1989, GOERRES 2008).

Die Idee der Parteienidentifikation wird in neueren Analysen zunehmend kritisiert (CLARKE et al. 2001). Die Identifikation mit Parteien nimmt aufgrund eines generellen Prozesses der Individualisierung von Wählern und der Auflösung von sozialen Milieus in etablierten westlichen Demokratien ab (FRANKLIN et al. 1992). Deswegen kann man auch erwarten, dass die Zunahme an Intensität von Parteienidentifikation in Zukunft weniger stark sein wird. In der Zukunft wird bei alternden Wählern die Parteienidentifikation wahrscheinlich nicht mehr auf diese Weise zunehmen.

3.5 Politische Generationen

Bei der Entstehung einer Parteipräferenz ist der politische Kontext des Jungwählers von wichtiger Bedeutung. Zum einen spielen die Signale in seinem sozialen Milieu eine Rolle. Doch zusätzlich zu dieser sozialen Komponente ist der politische Kontext der ersten Wahlen von Bedeutung. Parteien sind – über eine längere Zeit hinweg betrachtet – in manchen Jahrzehnten erfolgreicher als in anderen. Dieser Erfolg kann sich vor allem bei den Jungwählern einer bestimmten Wahl niederschlagen (BUTLER und STOKES 1983 [1974]). Demzufolge können sich Kohorten von Wählern voneinander unterscheiden. Die Erfolge einer Partei in einer bestimmten Periode können eine Kohorte stärker beeinflussen, die zu dem Zeitpunkt jung ist, als eine andere Kohorte, deren Mitglieder bereits mehr Wahlerfahrung haben und nicht mehr so beeinflussbar sind.

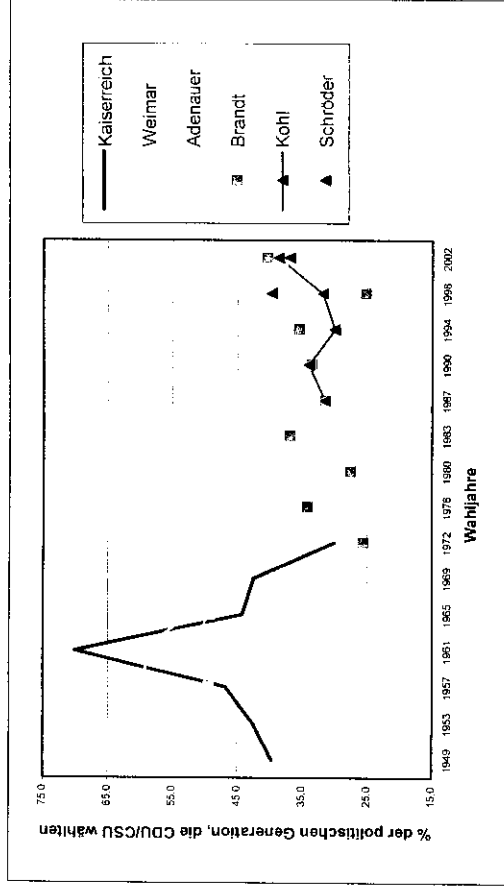


Abb. 5 Wahlpräferenzen für die CDU/CSU politischer Generationen in Westdeutschland 1949–2002. Quelle: GOERRES 2008

Abbildung 5 zeigt die Wahrscheinlichkeiten politischer Generationen, bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 2002 die CDU/CSU zu wählen. Die Kohorten sind über den politischen Kontext definiert worden, in dem sie das erste Mal zu einer freien Wahl gehen dürfen. So stellt beispielsweise die rote Linie die Männer dar, die bereits 25-jährig oder älter zur Zeit des Deutschen Kaiserreiches an Reichstagswahlen teilnehmen durften. Diese politische Generation hat eine bemerkenswert geringere Wahrscheinlichkeit, die CDU/CSU zu wählen, als die darauffolgende Weimarer Generation. Die Letztere besteht aus all jenen Wählern (Männern und Frauen), die zwischen 1919 und 1933 das erste Mal wahlberechtigt waren. Dann folgt die zahlenmäßig größte Kohorte, die Adenauer-Generation, die das erste Mal zwischen 1949 und 1967 frei wählen durften. Ihre Mitglieder haben wieder eine geringfügig niedrigere Wahrscheinlichkeit als die Weimarer Generation, aber eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit als die darauffolgenden Generationen (BRANDT, KOHL, SCHROEDER).

In einer systematischen Analyse von Westdeutschland und Großbritannien habe ich gezeigt (GOERRES 2008), dass man diese generationalen Wahrscheinlichkeiten aufgrund der politischen Kontexte vorhersagen kann, die vorherrschen, als die Kohortenmitglieder das erste Mal zur Wahl gingen (für die USA, Italien und die Niederlande vgl. MILLER und SHANKS 1996, VAN DEN BROEK 1999, SCAPPINI 2006). So kann man beispielsweise die Adenauer-Generation als starke CDU/CSU-Kohorte dadurch erklären, dass diese Partei die BRD nach den Wirren der Nazi-Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges in einer Ära des wirtschaftlichen Aufschwungs und politischer Stabilität regierte. Die nachfolgende Brandt-Generation dagegen zeigte weniger starke Präferenzen für die CDU/CSU, weil die SPD die Jungwähler im Jahr 1969 und in den 1970er Jahren für sich gewinnen konnte. Allgemein jedoch nimmt der Unterschied zwischen politischen Generationen aufgrund der allgemei-

nen Individualisierung und der wachsenden Volatilität des Wählens zu. Die frühen politischen Erlebnisse können spätere Wahlpräferenzen immer weniger erklären (vgl. auch TILLEY 2003). Ältere und jüngere Generationen werden sich also in dieser Hinsicht ähnlicher. Im heutigen Großbritannien ist dieser Prozess bereits so weit fortgeschritten, dass Unterschiede zwischen politischen Generationen fast nicht mehr messbar sind.

3.6 Generationaler Wertewandel

Generationen unterscheiden sich nicht nur in den politischen Erfahrungen, die sie in den ersten Wahljahren machen, sondern auch in den allgemeinen Werten, die ihre politischen Präferenzen beeinflussen. Die wichtigste Werteveränderung in etablierten Demokratien ist die zunehmende Verbreitung von postmateriellen Werten (INGLEHART 1971, 1990, 1997). Postmaterielle Ziele sind immaterieller, nichtgreifbarer Natur, wie z. B. Freiheit, Frieden, Glück, Gleichheit oder Umweltschutz. Die These lautet: Individuen, die in wirtschaftlichem Wohlstand aufwachsen und deren materielle Bedürfnisse in der Jugend immer befriedigt werden, beginnen, nach postmateriellen Dingen zu streben. Die generationale Auswirkung ist, dass Kohorten, deren Mitglieder stärker im Wohlstand aufwachsen als frühere Kohorten, auch im Schnitt postmaterielle Werte stärker hochhalten. Die Generationenunterschiede konnten für Westeuropa und die USA nachgewiesen werden (ABRAMSON 1989, ABRAMSON und INGLEHART 1987).

Die Verinnerlichung postmaterieller Werte führt auch zu anderen politischen Präferenzen. Das klassische Politikfeld, das Postmaterialisten interessiert, ist Umweltschutz. Da die etablierten Parteien in vielen Parteiensystemen dieses Thema erst spät aufgriffen, bildeten sich häufig grüne Parteien heraus, die vor allem die postmaterialistischen Wähler ansprachen. Aufgrund der generationalen Implikation bei der Verbreitung von Postmaterialismus gibt es auch bei der Anhängerschaft grüner Parteien Generationenunterschiede. In Deutschland haben Bündnis '90/Die Grünen beispielsweise wenige Anhänger unter den Wählern, die vor dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden (KLEIN und ARZHEIMER 1997, KOHLER 1998).

Die Postmaterialismusthese ist sicherlich die bekannteste und in den meisten Ländern überprüfte Aussage über generationalen Wertewandel. Doch gibt es noch andere nachgewiesene Veränderungen. In Ländern, wie beispielsweise Großbritannien, gibt es Hinweise auf eine unterschiedliche Verbreitung libertärer und autoritärer Wertevorstellungen. Ältere britische Generationen sind weniger libertär als jüngere, d. h. sie verfolgen weniger stark freiheitliche Vorstellungen für das Individuum (TILLEY 2005). Da Parteien libertäre Werte in unterschiedlicher Intensität verfolgen (die Grünen und die FDP sind die libertärsten deutschen Parteien), kann ein solcher Unterschied in Werten Konsequenzen bei der Parteiwahl haben.

Ein weiteres Beispiel für einen generationalen Werteunterschied ist die Bereitschaft, drastischen, politischen Wandel in einem Transitionsland zu unterstützen. SCHATZ (2002) belegt durch eine Analyse mehrerer osteuropäischer Transitionsländer, dass jüngere Altersgruppen wesentlich stärker die Parteien wählten, die für einen radikalen Wechsel von den ehemals sozialistischen Regimen standen. Hier wird wieder die stärkere Empfänglichkeit der jüngsten Wähleraltersgruppen deutlich, den jeweiligen politischen und sozialen Trends zu folgen.

3.7 Konservatismus

Ein Mythos, der sich im öffentlichen Diskurs und auch in der wissenschaftlichen Diskussion sehr stark hält, ist, dass alternde Individuen konservativer werden und folglich auch konservativer wählen. Gerade in der Diskussion um die politischen Konsequenzen einer alternden Gesellschaft scheint die Annahme, dass Wahlausgänge „konservativer“ werden, weit verbreitet zu sein. Ein erster Blick auf Abbildung 5 würde diese These für Westdeutschland mit dem immer wiederkehrenden Vorteil der konservativen CDU/CSU unter Seniorenwählern bestätigen.

Die Konservatismus-Hypothese gibt es in zwei Varianten. Erstens könnten alternde Wähler wirtschaftlich konservativer werden, d. h. verstärkt Parteien favorisieren, die wenig Steuern erheben wollen, weil sie, die alternden Wähler, mehr materielle Güter akkumuliert haben, die sie nicht abgeben wollen (vgl. BINSTOCK 2000). Zweitens könnten Wähler autoritärer werden, d. h. verstärkt Parteien wählen, die einen starken Staat und Individualismus nicht als eigenes Ziel verfolgen.

Es gibt keine Belege – weder für die erste, noch für die zweite Form von Konservatismus (DANIGELIS und CUTLER 1991, TILLEY 2005, CAMPBELL und STRATE 1981, GOERRES 2008, vgl. für Parteidentifikation KOHLI und KÜNEMUND 2001). Es lässt sich nicht nachweisen, dass alternde Individuen in ihrer Parteienwahl oder in ihren politischen Werten konservativer werden. In einigen, eher atheoretischen Untersuchungen von Lebenszyklus- und Kohorteneffekten in Deutschland wurden ganz gering ansteigende Wahrscheinlichkeiten, mit steigendem Alter CDU/CSU zu wählen, entdeckt. Doch sind diese viel kleiner als die Kohortenunterschiede und könnten auch durch die Art der statistischen Analyse künstlich entstanden sein (RATTINGER 1994).

3.8 Alter als Konfliktlinie, Seniorenparteien und Rentnerinteressen

Bei der Diskussion um die politischen Folgen einer alternden Gesellschaft ergibt sich auch die Frage, ob es einen Konflikt zwischen den Älteren und den Jüngeren oder zwischen Rentnern und ökonomisch Aktiven geben kann (vgl. dazu GOERRES 2007a). FALTER und GEHRING (1998) untersuchten diese Frage anhand deutscher Wahlstudien bis 1994. Sie stellen fest, dass man für die deutsche Wahllandschaft nicht von einer sichtbaren Konfliktlinie zwischen Jung und Alt sprechen kann. Jüngere Wähler ziehen im Vergleich zu älteren Wählern nicht prinzipiell eine Partei einer anderen vor. Somit spielt die alternde Gesellschaft in Deutschland für das dauerhafte Los verschiedener Parteien keine direkte Rolle.

Dafür spricht auch das schlechte Abschneiden von Seniorenparteien in ganz Europa. Im Prinzip gibt es in jedem Land eine oder mehrere politische Parteien, die durch ihren Namen Senioren und/oder Rentner als Hauptzielgruppe anzusprechen versucht. Doch können diese Parteien nie längerfristig auch nur einen kleinen Teil der Wähler an sich binden. Die Grauen/ die Grauen Panther konnten in Deutschland gerade einmal 0,4 % der Stimmen in den Jahren 1994 und 2005 holen. Selbst in den Niederlanden, in denen die institutionellen Hürden für eine kleine Partei sehr niedrig sind, konnten sich Seniorenparteien nicht halten. Ihr bestes Ergebnis führen sie auch im Jahr 1994 mit 3,6 % der Stimmen ein. Die einzigen politischen Parteien, die dauerhaft erfolgreich sind, haben inzwischen ein sehr breites Programm und zum Teil ihren Namen geändert. Beispielsweise holte die luxemburgische Partei ADR „Aktionskomitee für Demokratie a Rentgerechtigkeit“ bei der letzten Wahl im Jahr 2004

9,9% der Stimmen. Doch ist ihre Position die einer rechtskonservativen Partei, deren Wahlattraktivität nichts mit den Rentenpositionen zu tun hat, die sie zu Anfang ihrer Existenz vertrat (im Jahr 1989). Im Frühjahr 2006 veränderte sie auch den Namen in „Alternativ Demokratisch Reformpartei“. Ähnlich entwickelt sich die slowenische Pensionärspartei, die 4,1% der Stimmen bei der Nationalwahl 2004 gewann und seit 1996 an der Regierungskoalition beteiligt ist. Symptomatisch ist, dass sie nicht das Sozialministerium, in dem Renteninteressen geregelt werden, sondern das Verteidigungsministerium hält.

Zusammengefasst lassen diese Indizien darauf schließen, dass Rentnerparteien in einer alternden Gesellschaft bisher nicht besser abschneiden. Es gibt soweit keine systematische Untersuchung, warum das so ist. Die Gründe dürften aber in der Tatsache liegen, dass Wähler nicht durch das Eintreten in die Rente ihre bisherigen politischen Präferenzen über Bord werfen und ganz anders wählen. Auch dürfte intergenerationale Solidarität besonders bei Individuen mit Kindern eine Rolle spielen. Schließlich gibt es nur sehr wenige Interessen, die alle Rentner teilen, nämlich Rente und Krankenversicherung; und eben in diesen Bereichen spielt das Einkommen und Vermögen eine große Rolle.

Bei manchen Wahlen, wie Referenden, kann es um einzelne Politikpakete gehen. Bisher gibt es kaum Analysen eines Referendums über ein Politikpaket (wie eine Rentenreform), bei dem die Altersposition eine Rolle spielt (vgl. als Ausnahme BONOLI und HÄUSERMANN 2007). In diesem Zusammenhang würden wir in der Tat erwarten, dass Rentner sich anders verhalten als Arbeitnehmer. Dies zeigen Studien über Umfrageergebnisse zum Wohlfahrtsstaat und zu Rentenreformen und über lokale Bildungsausgaben in den USA (BOERI et al. 2001, BERKMAN und PLUTZER 2004). Dabei ist bisher ungeklärt, ob es abmildernde Faktoren gibt; also ob beispielsweise Großeltern anders wählen würden als gleichaltrige Kinderlose. KOHL (1999) weist darauf hin, dass öffentlichen Transfers, die vom Staat geregelt werden, substanzialen privaten Transfers gegenüberstehen, so dass – als Ganzes betrachtet – ein Politikpaket zugunsten von Senioren durch die nichtsichtbaren privaten Transfers zugunsten Jüngerer zu einem intergenerationalen Gleichgewicht führen könnten.

3.9 Zusammenfassung: Wahlentscheidung

Die Ergebnisse im Bereich der Wahlentscheidung lassen sich für Lebenszykluseffekte, wie folgt, zusammenfassen:

- Ältere Wähler bedienen sich eher einfacherer Strategien bei der politischen Informationsverarbeitung. Sie vergleichen sequenziell Option mit Option, um dann die schlechtere möglichst schnell auszusortieren, anstatt alle Optionen einzeln miteinander zu vergleichen.
- Ältere Wähler bevorzugen ältere Kandidaten.
- Ältere Wähler haben eine stärkere Parteienidentifikation. Diese ist auch mit größerer Wahrscheinlichkeit zugunsten einer etablierten Partei ausgerichtet. Doch nimmt die Parteienidentifikation insgesamt in ihrer Bedeutung für die Vorhersage der Wahl ab.
- Ältere Wähler wählen nicht konservativer.
- Der Gegensatz Jung gegen Alt ist in der deutschen Parteienlandschaft nicht von Bedeutung. Rentnerparteien sind in ganz Europa notorisch schwach. Politische Interessen in Bezug auf einzelne Politikpakete, die wie der Empfang von Renten mit dem Lebens-

zyklus zusammenhängen, werden durch das Alter beeinflusst. spielen aber bei Wahlen bisher keine Rolle.

Für den Bereich der Kohorteneffekte gibt es folgende Belege:

- Ältere Generationen von Wählern wurden potenziell zugunsten anderer Parteien in ihrer Parteienidentifikation beeinflusst. So entstanden politische Generationen von Wählern, wie beispielsweise die deutsche Adenauer-Generation, die stark die CDU/CSU favorisiert. Doch nehmen aufgrund der allgemeinen Individualisierung und zunehmender Orientierung der Wähler nach der empfundenen Leistung der Parteien diese generationalen Sozialisationsunterschiede in ihrer Bedeutung ab. Ältere und jüngere Kohorten werden sich also immer ähnlicher.
- Ältere Generationen haben im Schnitt andere Werte als jüngere, die zu einer anderen Parteienpräferenz führen können. So gibt es in der Gruppe der nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen Wähler mehr Postmaterialisten, die in Deutschland relativ häufiger B'90/die Grünen bevorzugen.

4. Ausblick

4.1 Forschungsdesiderata

Die in dieser Expertise beschriebene Literatur weist einige offensichtliche Mängel auf. Generell gilt, dass der Bereich der altersabhängigen Unterschiede beim Wahlverhalten noch wenig systematisch erforscht ist. Es fehlt vor allem vergleichende Forschung, die die Unterschiede und Ähnlichkeiten zwischen Ländern in die Erklärung mit einbezieht.

Eine weitere große Schwäche ist die fehlende Perspektive auf unterschiedliche soziale Gruppen innerhalb der Altersgruppen. Alter oder Generation sind sehr breite soziale Kategorien, die verschiedenste Lebenserfahrungen zusammenfassen. Es ist daher zu erwarten, dass Unterschiede nicht zwischen Altersgruppen an sich variieren, sondern noch eher zwischen verschiedenen Untergruppen. Beispielsweise ist zu erwarten, dass die generationalen Erfahrungen eines männlichen Managers anders sind als die einer körperlich arbeitenden Frau.

Damit diese Unterschiede systematisch erforscht werden, empfehlen sich zwei miteinander kombinierbare Ansätze. Zum einen sollten Umfragen höhere Fallzahlen pro Altersgruppe aufweisen, damit Unterschiede innerhalb der Altersgruppe statistisch besser untersucht werden können (der Deutsche Alterssurvey, vom Deutschen Zentrum für Altersfragen organisiert, ist solch eine Studie). Die damit verbundenen Kosten können im Kontext des Interesses für eine alternde Gesellschaft niedriger gehalten werden, indem man zuerst große Stichproben bei älteren Befragten zieht. Zum anderen könnte die vergleichende Durchführung von Gruppendiskussionen mit Probanden desselben Alters und desselben Milieus zu einem besseren qualitativen Verständnis von Alterserfahrung und Wählen in bestimmten Gruppen führen.

4.2 Alternde Gesellschaften mit demokratischen Wahlen – ein Blick in die Zukunft?

Die wichtigste Essenz dieser Literaturschau sollte sein, dass sich ältere Wähler nicht auf eine einfache Art und Weise von jüngeren unterscheiden – weder bei der Wahlbeteiligung

noch beim Inhalt der Wahlentscheidung. Deswegen sollte auch jede Diskussion dieser Unterschiede ohne Vereinfachung geführt werden.

In der Einleitung der konzeptionellen Unterschiede zwischen Kohorten- und Lebenszykluseffekten wurden die unterschiedlichen Implikationen der Effekte für die Zukunft alternder Gesellschaften beschrieben. Generationeneffekte machen keinen dauerhaften Unterschied für das Wahlverhalten von Altersgruppen aus. Jede Generation hat nur so lange einen Einfluss auf das Wahlergebnis, wie ihre Mitglieder in der Wahlbevölkerung sind. Zudem stehen sich bei jeder Wahl unterschiedliche Konstellationen von Kohorten gegenüber. Der Effekt auf das Gesamtergebnis einer jeden Generation auf den Wahlausgang ist also bei jeder Wahl unterschiedlich. Lebenszykluseffekte dagegen haben einen stabileren Einfluss in einer alternden Gesellschaft.

Bei den Überlegungen zur Zukunft alternder Demokratien ist es ratsam, sich einiger Einschränkungen bewusst zu werden. Die empirischen Daten kommen aus einer bestimmten Periode. Man kann daher nur annehmen, dass die beschriebenen Zusammenhänge und Mechanismen in der nahen Zukunft noch stabil sind. Unter dieser Annahme können folgende Thesen für eine alternde Demokratie aufgestellt werden:

- *Ältere Wähler werden ihre hohe Wahlbeteiligung relativ zu jüngeren wahrscheinlich behalten.* Soziale und politische Erfahrungen sowie die Gewöhnung von Wählen werden den älteren Wahlberechtigten in Zukunft immer mit höheren Wahlwahrscheinlichkeiten zur Wahl gehen lassen als jüngere. Man kann nicht wissen, wie jüngere Kohorten in der Zukunft aussehen werden. In Bezug auf das Pflichtbewusstsein, zur Wahl zu gehen, werden in vielen westlichen Demokratien erst einmal Wähler mit weniger ausgeprägtem Pflichtbewusstsein altern.
- *Unterschiede im Wahlinhalt verschiedener Altersgruppen sind generationaler Natur und werden immer kleiner.* Die existierenden Unterschiede im Wahlinhalt sind eher generationaler Natur. Deswegen ist der Gegensatz von Präferenzen verschiedener Altersgruppen nicht über die Zeit hinweg stabil. Die Unterschiede sind zudem in den untersuchten Ländern Deutschland und Großbritannien gering und werden noch kleiner.
- *Parlamentswahlen werden nicht von dem Gegensatz Alt gegen Jung bestimmt werden.* Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass Wähler ihre durch den Lebenszyklus bestimmten Interessen als Kriterium ihrer Wahlentscheidung bei Parlamentswahlen benutzen. Rennerparteien sind deswegen notorisch schwach, obwohl etablierte Parteibindungen zurückgehen und sie als neue Parteien größere Chancen haben sollten. Falls es Wahlabstimmungen über einzelne Politikpakete geben sollte, die unterschiedliche Bedeutungen für Wähler verschiedenen Alters hätten, könnten Gegensätze zwischen Jung und Alt entstehen, die auf materiellem Eigeninteresse beruhen. Die Bevorzugung älterer Kandidaten durch ältere Wähler könnte – in einer deterministischen Betrachtungsweise – zu älteren gewählten Politikern in einer alternden Gesellschaft führen. Doch dieser Effekt wäre insofern uninteressant, als dass man in einer alternden Gesellschaft auch eher ein älteres „Grundreservoir“ politischer Eliten auffinden würde.

Das Fehlen eines markanten Gegensatzes zwischen Jung und Alt heißt jedoch nicht, dass Politik in alternden Demokratien neutral gegenüber allen Altersgruppen gemacht wird. Es kann durchaus dazu kommen, dass öffentliche Ressourcen innerhalb von Reformprozessen zugunsten von Älteren nicht weggekürzt werden. Die Alterung einer Gesellschaft führt in fortgeschrittenen Wohlfahrtsstaaten automatisch dazu, dass Versorgungssysteme reformiert

werden müssen. Das liegt an den nicht mehr zutreffenden sozialen Annahmen vieler dieser Versorgungssysteme (Lebenserwartung, Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtbevölkerung). Diese – aus der finanziellen Staatsraison notwendigen Reformen – könnten Ressourcen von älteren Bürgern wegleiten. Doch darf man folgenden Zusammenhang nicht vergessen: Die altersabhängigen Interessen älterer Menschen (angemessene Rente, gute Gesundheits- und Pflegeversorgung) interessiert Bürger aller Altersklassen, weil jeder darauf hofft, alt zu werden.

Somit haben Parteipolitiker einen Anreiz, seniorengerechte Politik zu machen – nicht weil Senioren etwas anderes wollen als jüngere Altersgruppen, sondern weil Letztere das selbe fürs Alter wollen. Die altersfreundliche Allokation hätte also nichts mit der Wahlmacht von Senioren, sondern mit dem altersübergreifenden Interesse an Politik für ältere Menschen in einer Ära wohlfahrtsstaatlicher Reformen zu tun.

Literatur

- ABRAMSON, P. R.: Generations and political change in the United States. *Research in Political Sociology* 4, 502–521 (1989)
- ABRAMSON, P. R., and INGLEHART, R.: Generational replacement and the future of post-materialist values. *Journal of Politics* 49, 231–241 (1987)
- ALWIN, D. F., COHEN, R. L., and NEWCOMB, T. M.: *Political Attitudes over the Life Span: the Bennington Women after Fifty Years*. Madison, WI: University of Wisconsin Press 1991
- BARNES, S. H.: Partisanship and electoral behavior. In: JENNINGS, M. K., and VAN DEETH, J. W. (Eds.): *Continuities in Political Action*, pp. 235–274 Berlin: de Gruyter 1989
- BECKER, R.: Wahlbeteiligung im Lebensverlauf. A-P-K-Analysen für die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1953 bis 1987. *Kölnner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54/2, 246–263 (2002)
- BERKMAN, M. B., and PLUTZER, E.: Gray peril or loyal support? The effects of the elderly on educational expenditures. *Social Science Quarterly* 85/5, 1178–1192 (2004)
- BINSTOCK, R. H.: Older people and voting participation: Past and future. *The Gerontologist* 40/1, 18–31 (2000)
- BLAIS, A.: *To Vote or Not to Vote. The Merits and Limits of Rational Choice Theory*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press 2000
- BLAIS, A., GIDENGIL, E., NEVITTE, N., and NADEAU, R.: Where does turnout decline come from? *European Journal of Political Research* 43, 221–236 (2004)
- BOERI, T., BÖRSCH-SUPAN, A., and TABELLINI, G.: Would you like to shrink the welfare state? Opinions of European citizens. *Economic Policy* 16, 9–50 (2001)
- BONOLI, G., and HÄUSERMANN, S.: Who Wants What from the Welfare State? Socio-Structural Cleavages in Distributional Politics: Evidence from Swiss Referendum Votes. Unveröffentlichtes Manuskript, Lausanne/Zürich: IDHEAP/University of Zürich 2007
- BUTLER, D., and STOKES, D.: *Political Change in Britain. The Evolution of Electoral Choice*. London, Basingstoke: Macmillan 1983 (1974)
- CAMPBELL, A., CONVERSE, P. E., MILLER, W. E., and STOKES, D.: *The American Voter*. New York, London: John Wiley and Sons 1960
- CAMPBELL, J. C., and STRATE, J. M.: Are old people more conservative? *The Gerontologist* 21, 580–591 (1981)
- CLARKE, H. D., SANDERS, D., STEWART, M. C., and WHITELEY, P. F.: *Political Choice in Britain*. Oxford: Oxford University Press 2004
- CLARKE, H. D., STEWART, M. C., and WHITELEY, P. F.: The dynamics of partisanship in Britain: Evidence and implications for critical election theory. *British Elections and Parties Review* 11, 66–83 (2001)
- CONVERSE, P. E.: *The Dynamics of Party Support: Cohort-analyzing Party Identification*. Beverly Hills: Sage 1976
- DALTON, R. J.: *The Good Citizen: How a Younger Generation is Reshaping American Politics*. Washington, DC: CQ Press 2008
- DANGELIS, N. L., and CUTLER, S. J.: Cohort trends in attitudes about law and order: Who's leading the conservative wave? *Public Opinion Quarterly* 55, 24–49 (1991)
- DOWNES, A.: *An Economic Theory of Democracy*. London: Harper and Row 1957

- FAULSTICH, J. W., and GEHRING, U. W.: *Alter – ein neues Cleavage?* In: KAASE, M., und KLINGEMANN, H.-D. (Eds.): *Wählen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*, S. 463–504. Opladen: Westdeutscher Verlag 1998
- FRANKLIN, M. N.: *Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press 2004
- FRANKLIN, M. N.: *You Want to Vote Where Everybody Knows Your Name*. Paper presented at the APSA Annual Conference, Washington DC 2005
- FRANKLIN, M. N., MACKIE, T. T., and VALEN, H. (Eds.): *Electoral Change. Responses to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries*. Cambridge et al.: Cambridge University Press 1992
- GLUCHOWSKI, P.: *Wahlerfahrung und Parteienidentifikation. Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik*. In: KAASE, M., und KLINGEMANN, H.-D. (Eds.): *Wählen und politisches System*. S. 442–477. Opladen: Westdeutscher Verlag 1983
- GOERRES, A.: *Can We Reform the Welfare State in Times of "Grey" Majorities?* The Myth of an Electoral Opposition between Younger and Older Voters in Germany. Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIFG) Working Paper 07/05 (2007a)
- GOERRES, A.: *Why are older people more likely to vote? The impact of ageing on electoral turnout in Europe*. British Journal of Politics and International Relations 9/1, 90–121 (2007b)
- GOERRES, A.: *The grey vote: Determinants of older voters' party choice in Britain and West Germany*. Electoral Studies 27/2, 285–304 (2008)
- GOERRES, A.: *The Political Participation of Older People in Europe: The Greying of Our Democracies*. Basingstoke: Palgrave 2009
- INGLEHART, R.: *The silent revolution in Europe: Intergenerational change in post-industrial societies*. American Political Science Review 63/4, 991–1017 (1971)
- INGLEHART, R.: *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton: Princeton University Press 1990
- INGLEHART, R.: *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*. Princeton: Princeton University Press 1997
- KLEIN, M., and ARZHEIMER, K.: *Grau in grau. Die Grünen und ihre Wähler nach einhalb Jahrzehnten*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49/4, 650–673 (1997)
- KOHLER, U.: *Zur Attraktivität der Grünen bei älteren Wählern*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50/3, 536–559 (1998)
- KOHLI, M.: *Private and public transfers between generations: Linking the family and the state*. European Societies 1, 81–104 (1999)
- KOHLI, M., und KÜNEMUND, H.: *Partizipation und Engagement älterer Menschen. Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven*. In: *Deutsches Zentrum für Altersfragen* (Ed.): *Lebenslagen, soziale Ressourcen und gesellschaftliche Integration im Alter. Expertise zum Dritten Altenbericht der Bundesregierung*. Band III, S. 117–234. Opladen: Leske und Budrich 2001
- MILLER, W. E., and SHANKS, J. M.: *The New American Voter*. Cambridge, MA, London, UK: Harvard University Press 1996
- NAMISLO, D., SCHORN, K., und SCHWARTZENBERG, M. VON: *Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Alter*. Wirtschaft und Statistik 3, 220–237 (2006)
- OPP, K.-D.: *Norms*. In: *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences*. pp. 10714–10720. Amsterdam: Elsevier 2006
- PHELPS, E.: *Young voters at the 2005 British general elections*. The Political Quarterly 76/4, 482–487 (2005)
- PHILLIPS, J. A.: *Age, race, and sex similarity to candidates and voting preference*. Journal of Applied Social Psychology 17/4, 351–368 (1987)
- PLUTZKE, E.: *Becoming a habitual voter: Inertia, resources, and growth in young adulthood*. American Political Science Review 96/1, 41–56 (2002)
- RÄTTINGER, H.: *Demografie und Politik in Deutschland: Befunde der repräsentativen Wahlstatistik 1953–1990*. In: KLINGEMANN, H.-D., und KAASE, M. (Eds.): *Wählen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. S. 73–122. Opladen: Westdeutscher Verlag 1994
- REDLAWSKI, D. P.: *What voters do: Information search during election campaigns*. Political Psychology 25/4, 595–610 (2004)
- RUSE, R., and McALLISTER, I.: *The Loyalties of Voters: A Lifetime Learning Model*. Newbury Park: Sage 1990
- ROSEMAN, G. H. Jr., and STEPHENSON, F.: *The effect of voting technology on voter turnout: Do computers scare the elderly?* Public Choice 123/1–2, 39–47 (2005)
- ROSENSTONE, S. J., and HANSEN, J. M.: *Mobilization, Participation, and Democracy in America*. New York: Macmillan 1993
- RUSSELL, A. T., JOHNSTON, R. J., and PATTIE, C. J.: *Thatcher's children: Exploring the links between age and political attitudes*. Political Studies 40, 742–756 (1992)
- SCAPPINI, E.: *The estimable functions of age, period and generation effects: A political application*. Quality and Quantity 40, 759–781 (2006)
- SCHWAB, S.: *Age cohort voting effects in the breakdown of single-party rule*. Journal of Aging Studies 16/2, 199–219 (2002)
- SQUIRE, P., WOLFFINGER, R. E., and GLASS, D. P.: *Residential mobility and voter turnout*. American Political Science Review 81/1, 45–66 (1987)
- STRATE, J. M., PARRISH, C. J., ELDER, C. D., and FOXO III, C. C.: *Life span civic development and voting participation*. American Political Science Review 83/2, 443–464 (1989)
- The Association for Promoting Fair Elections Turnout by Age Group in the 2005 Japanese Election 2005* [zuletzt abgerufen 7.8.2007]. Verfügbar unter <http://www.akaruisenkyo.or.jp/07/0various/s44.html> 2007
- TILLEY, J. R.: *Party identification in Britain: Does length of time in the electorate affect strength of partisanship?* British Journal of Political Science 33, 332–344 (2003)
- TULFEE, J. R.: *Libertarian-authoritarian value change in Britain, 1974–2001*. Political Studies 53/2, 442–453 (2005)
- VAN DEN BROEK, A.: *Does differential cohort socialization matter? The impact of cohort replacement and the presence of intergenerational differences in the Netherlands*. Political Psychology 20/3, 501–523 (1999)
- WOLFFINGER, R. E., and ROSENSTONE, S. J.: *Who Votes?* New Haven: Yale University Press 1980

Dr. Achim GOERRES (Akademischer Rat [a.Z.]
Lehrstuhl Empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung
Universität zu Köln
Herbert-Lewin-Straße 2
50931 Köln
Bundesrepublik Deutschland
Tel.: +49 221 4 70 27 63
Fax: +49 221 4 70 20 69
E-Mail: Agoerres@uni-koeln.de